

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 40 (1946)
Heft: 9

Rubrik: Schweizerische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lichen Folgerungen aus ihrem eigenen Prinzip, Mut zum raschen und kräftigen Handeln, Mut zur — Revolution.

Denn eine Revolution braucht es allerdings, wenn Europa soll leben können. Und da es schwer zu glauben ist, daß das Abendland seinem Untergang tatenlos zusehen werde, so wird die Revolution gewiß auch kommen — wenn nicht aus der Kraft der sozialistischen Demokratie, dann eben in Gestalt einer kommunistischen Diktatur. Mit bloß negativer Bekämpfung des Kommunismus, mit bloßer Verteidigung der Menschenrechte ist es nicht länger getan; die bestehenden Formen der Demokratie sind so eng mit dem bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftssystem verknüpft, daß sie mit ihm auch fallen werden, wenn sie nicht von ihm abgelöst und mit einer *sozialistischen* Ordnung verbunden werden.

Ob die Demokratie die Kraft zu dieser Umwälzung findet, hängt letztlich davon ab, ob sie wieder den Zugang zu den tiefen *geistigen* Quellen findet, aus denen sie stammt. Die so fürchterlich verflachte Demokratie unserer Tage hat ihre beste Kraft — trotz dem militärischen Sieg über den Faschismus, der ja wesentlich auch von einem Diktaturstaat mit erkämpft wurde — freilich verloren, und wenn wir nur an die Surrogatstoffe hinschauen wollten, aus denen sie sich heute kümmerlich nährt, so müßte man sich ja schon mit ihrem Schicksal entmutigt abfinden. Aber vertrauen wir denn nicht auf den Aufbruch neuer Kraftquellen auch für die Demokratie aus der Tiefe und von der Höhe her? Erwarten wir nicht neue Himmel und eine neue Erde, darinnen *Gerechtigkeit* wohnt — auch die *soziale* Gerechtigkeit, deren Schaffung die große geschichtliche Aufgabe unseres Geschlechtes ist, und die auch erst der Freiheit festen Grund und realen Inhalt zu geben imstande ist?

31. August 1946.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Sozialpolitische Es ist vielleicht richtig, wenn wir bei unserem
Abschlagszahlung Rundblick über die schweizerische Lage diesmal von dem Ereignis ausgehen, das während der letzten Wochen unsere Öffentlichkeit in besonderem Maße beschäftigt hat: von der Beratung und schließlichen Annahme des Gesetzes über die *Alters- und Hinterbliebenenversicherung* durch den Nationalrat. Die Gutheißung der Vorlage erfolgte mit erdrückendem Mehr; trotzdem haben wir aber — noch abgesehen von den Absichten des Ständerats und der Drohung des Referendums — recht wenig Grund zu irgendwelcher Siegestimmung. Denn das Versicherungswerk, das am 1. Januar 1948 in Kraft treten soll, ist ja bei allem Guten, das es bringt,

doch eine ganz unzulängliche Leistung, wenn man es an dem *Ziel* mißt, das hätte erreicht werden sollen und das andere Völker auch schon erreicht haben oder doch zu erreichen auf dem Wege sind: soziale Sicherheit, weiteren menschlichen Lebensraum, Freiheit von Not zu verwirklichen und jedem Arbeitenden ausreichenden Schutz vor den Folgen unverschuldeter Wechselfälle zu gewähren, besonders solchen, die in den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen ihre Ursache haben. Von dem, was in England mit dem Beveridgeplan, dem unentgeltlichen Gesundheitsdienst und den anderen damit zusammenhängenden sozialen Reformen geschaffen wird, oder gar von der sozialen Sicherheit, welche die Sowjetunion ihren Bürgern und Bürgerinnen gewährt, sind wir noch *sehr* weit entfernt, und wir täten gewiß besser, das Gerede von dem „historischen Augenblick“, den die Annahme der Altersversicherung durch den Nationalrat bedeute, von der „Aufgabe des Jahrhunderts“, die damit erfüllt werde, von einer „schöpferischen nationalen Tat“ und was sonst für große Worte gefallen sind, dem konservativen Bürgertum zu überlassen, das allerdings ein Interesse daran hat, das Volk glauben zu machen, diese Altersversicherung mit ihren völlig ungenügenden Renten sei nun das Nonplusultra großzügiger Volkssolidarität. Nein, das ist sie wahrhaftig nicht! Sie ist einfach eine Abschlagszahlung auf die weit größeren sozialen Leistungen, die in Bälde von uns und besonders von den Besitzenden gefordert sein werden — nicht mehr und nicht weniger. Und wir müssen jetzt mit verdoppeltem Eifer den Kampf für die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte aufnehmen und ins Volk hinaus tragen, das in seiner großen Mehrheit unbedingt zu uns stehen wird, wenn wir ihm einen umfassenden, wohl ausgearbeiteten Plan für die Schaffung sozialer Sicherheit vorlegen. *Angst* vor dem Volke brauchen wir nur zu haben, wenn wir ihm mit etwas *Halbbatzigem*, mühsam Zusammengeknorztem kommen, für das sich kein Mensch zu begeistern vermag außer den Kommissionsreferenten, und das dann allerdings dem Ansturm entschlossener, kapitalkräftiger Gegner schon erliegen könnte.

**Neue Macht-
verhältnisse!** Ja, aber die „gegenwärtig herrschenden politischen Machtverhältnisse“, die, wie ein sozialdemokratisches Mitglied des Nationalrates in der Presse entschuldigend meinte, „eine wirklich großzügige Lösung sozialer Probleme von vornherein ausschließen“? Und der chronische, fast verzweifelte *Geldmangel des Bundes*, der es nun einmal einfach nicht erlaube, eine rechte Sozialversicherung zu finanzieren?

Nun, lassen wir uns von diesen „Machtverhältnissen“ nur nicht zu sehr imponieren, und benützen wir sie namentlich nicht als Ausrede für ungenügende eigene Aktivität! Machtverhältnisse — das sollten wir

wissen — sind wandelbar, in der heutigen Welt sogar recht schnell und gründlich wandelbar. Warum sollten sie nicht einmal auch in der Schweiz umgestaltet werden können, trotz dem immer so geflissentlich herausgestrichenen „konservativen Charakter des Schweizervolkes“, auf deutsch: der Unwilligkeit des gefättigten Durchschnittschweizers, seine alten Begriffe und Gewohnheiten einer neuen Welt anzugleichen? Und der Kampf um soziale Sicherheit und um eine durchgreifende Bundesfinanzreform könnte gerade der Hebel sein, um eine solche Umgestaltung der Machtverhältnisse herbeizuführen — wenn wir ihn nur mit der nötigen Entschlossenheit und Weitsicht aufnehmen. Denken wir doch etwas mehr an das Beispiel der britischen Labourpartei, das nicht nur gelobt, sondern auch befolgt sein will!

Der Moloch Dieser Kampf würde dann ganz von selbst auch auf die übrigen Bezirke des politischen Lebens übergreifen. Er müsste insbesondere auch dem *Militärgötzen* gelten, der die Volks- und Finanzkraft der Schweiz in unerhörtem Maße beansprucht und, namentlich wenn man ihm noch mehr als bisher opfern wollte, wie das seine Priester verlangen, für wirkliche sozialpolitische Leistungen allerdings nicht mehr viel übrig ließe, gerade noch ein paar Brocken von der Herren Tische. Ja, wenn es gilt, „unser Armee mit Waffen und Geräten auszustatten, die dem Besten von all dem gleichkommen, was man in Europa und Amerika macht“, dann ist unseren Militärschwärmern kein Opfer (des Volkes, versteht sich!) zu groß; dann erzählen sie uns, „daß im Kriege nur was wirksam ist, für die öffentlichen Finanzen nicht ruinös ist“*). Und auch die neue Kriegstechnik schreckt sie dabei nicht im geringsten. Der letzte Rüstungsminister des Dritten Reiches, Speer, warnte zwar in seinem ergreifenden Schlußwort vor dem Nürnberger Gericht die Welt noch einmal eindringlich:

„Die Kriegstechnik wird in fünf bis zehn Jahren mit unheimlichen Präzisionsraketen von Kontinent zu Kontinent schießen können. Sie kann durch Atomzertrümmerung mit einer Rakete, die vielleicht von zehn Menschen z. B. im Zentrum Neuyorks in Bewegung gesetzt wird, in einigen Sekunden eine Million Menschen vernichten, unsichtbar, ohne vorherige Ankündigung, schneller als der Schall, bei Tag und Nacht. Der Wissenschaft verschiedener Länder ist es möglich, unter Menschen und Tieren Seuchen zu verbreiten und durch einen Insektenkrieg die Ernten zu vernichten. Die Chemie hat furchtbare Mittel gefunden, um den hilflosen Menschen unsagbares Leid zuzufügen.

.... Ein neuer großer Krieg wird mit der Vernichtung der menschlichen Kultur und Zivilisation enden. Nichts hindert die entfesselte Technik und Wissenschaft, ihr Zerstörungswerk an den Menschen zu vollenden, das sie in diesem Krieg in so furchtbarer Weise begonnen hat. Darum muß dieser Prozeß ein Beitrag sein, um in der Zukunft entartete Kriege zu verhindern und die Grundregeln menschlichen Zusammenlebens festzulegen.“

*) Major Eddy Bauer in 'Bürger und Soldat'.

Aber was ein rechter Kriegsmann ist, sieht auch solchen Möglichkeiten, wie sie Speer ausmalt, kaltblütig ins Auge. Und der kapitalistische Wirtschaftsfachmann unterstützt ihn darin tüchtig, meinte doch zum Beispiel Dr. Walter Boveri an der Generalversammlung der A. G. Brown, Boveri & Cie., daß „die *Atomenergie* für die Potenz unserer Landesverteidigung von ausschlaggebender Bedeutung werden kann, indem sie die Unterlegenheit des Kleinstaates an militärischer Macht auszugleichen vermag, sofern der Kleinstaat wirklich entschlossen ist, von seinen geistigen Waffen Gebrauch zu machen“. „*Geistigen Waffen*“ sagte er . . .

Das Problem der schweizerischen Landesverteidigung ist aufs neue zur Diskussion gestellt worden durch den *Bericht General Guifans* über den Aktivdienst 1939/45. Ich habe von dem ziemlich heftigen Geräusch, das dieses Schriftstück in der Schweiz hervorgerufen hat, drüben in Amerika nur ein fernes Echo vernommen; seine Bedeutung liegt aber sicher nicht in erster Linie in den wenn auch keineswegs nebenfächlichen Kompetenzkonflikten zwischen Zivil- und Militärgewalt, die der General an die große Glocke gehängt hat, und die dann eine rasch ins Persönliche abgeglittene giftige Pressepolemik entfacht haben, sondern in den allgemein militärpolitischen Bemerkungen, die der frühere Oberkommandierende angebracht hat. Und die sind nun allerdings völlig niederschmetternd. Schon General Wille hat bekanntlich in seinem Bericht über den Aktivdienst im ersten Weltkrieg seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß „ein Krieg im August 1914 das frühere oder spätere Versagen vor dem Feinde gebracht hätte“. Mit etwas anderen Worten stellt General Guifan das Gleiche für den Aktivdienst während des zweiten Weltkrieges fest: die Abwehr eines allfälligen Angriffs sei völlig unzulänglich vorbereitet gewesen; nicht ein einziger ausgearbeiteter Operationsplan habe vorgelegen; im besonderen sei die Militärfliegerei und die Flugzeugabwehr miserabel organisiert und ihrer Aufgabe nicht gewachsen gewesen; die Kommandanten der Heeresseinheiten hätten zu Beginn des Krieges größtenteils nicht das Zeug in sich gehabt, einen Feldzug zu bestehen; die charakterliche und fachliche Eignung des Offizierkorps habe ganz allgemein zu wünschen übrig gelassen, so sehr, daß der General geradezu erklärt: „Der Mangel an charaktervollen Persönlichkeiten, der ihnen (den jüngeren Offizieren) manchmal vorgeworfen wird, erscheint als etwas, was im Bürgertum als derjenigen sozialen Schicht, aus der die meisten von ihnen stammen, mehr und mehr verbreitet ist“, was die „Volksstimme“ so umschreibt: „daß die Armee, solange sie von gewissen besitzbürgerlichen Kreisen geführt sein wird, *schlecht* geführt sein wird.“ Der Hinweis auf die französische Armee von 1940 ist kaum mehr besonders nötig.

Und dem sagt man Landesverteidigung? Das sind eigentlich doch vernichtende Feststellungen — vernichtend nicht bloß für unseren ganzen Militärbetrieb, sondern für den Anspruch der Schweiz auf die Fähigkeit zu isolierter Verteidigung überhaupt.*) Denn was die Unfähigkeit der Armee, im ersten Kriegsjahr — dem gefährlichsten — das Land vor einem Angriff zu schützen, bewirkt hat, das sind ja nicht so sehr organisatorisch-technische Unzulänglichkeiten und persönliche Mängel in der militärischen Führung; es war vielmehr in erster Linie die durch eine Reihe tragischer Beispiele erwiesene *grundsätzliche* Unterlegenheit der Armee eines Kleinstaats gegenüber der Kriegsmaschine einer höchstgerüsteten Großmacht und ihren unerhörten Kampfmitteln, zu denen — vergessen wir es ja nicht — auch die fünfte Kolonne zählte, die genau so bereitstand, der Schweiz „den Dolchstoß in den Rücken zu geben“, wie sie das in Polen und Holland, in Norwegen und Frankreich getan hat. Und General Guisan hat dann ja auch aus diesem Sachverhalt die Folgerung gezogen, indem er von Anfang an ein System der „gestaffelten Landesverteidigung“ einrichtete, das den größten und volkreichsten Teil der Schweiz höchstens noch „symbolisch“ verteidigt hätte, und indem er immer mehr das Alpenréduit zur Kernstellung der Landesverteidigung ausbaute, was für eine schweizerische Widerstandsbewegung und einen späteren Befreiungskampf (im Falle des Sieges unserer großen Verbündeten!) gewiß seinen Wert gehabt hätte, aber eben doch das Eingeständnis der sicheren Niederlage bei einem offenen Kampf der Feldheere bedeutete.

All das sind ja wirklich keine sensationellen Enthüllungen. Man wußte es schon längst und hat es auch oft genug gesagt, und gelegentlich ist sogar von militärischer Seite die wahre Lage recht offenherzig gekennzeichnet worden, so von Major Züblin, der in „Bürger und Soldat“ von der „unblutigen, stillen Niederlage“ redet, welche die schweizerische Armee erlitten habe, als sie im Sommer 1940, kurz nach Dünkirchen, den Rückmarsch ins Gebirge antrat, „weil wir weder über die Ausrüstung noch über die Meisterschaft und Sicherheit der militärischen Schulung verfügten, um in diesem, unserem eigenen Vaterland mit einem neuzeitlichen Gegner den Kampf aufzunehmen.“ Aber es hat doch sein Gewicht, daß nun auch General Guisan von diesem Verlagen der militärischen Landesverteidigung so offen redet (verhältnismäßig!), wie er das tut. Und wiederum fragen wir, wie schon so manchmal: Wie lang will man eigentlich noch die Fiktion aufrechterhalten, die Schweiz könne „aus eigener Kraft“ ihre Grenzen verteidigen, und ihre

*) Wieder einmal: Was wäre wohl dem Antimilitaristen passiert, der während des Krieges ähnliches festgestellt hätte? Erschießung des „Landesverrätters“ wäre das Mindeste gewesen. Und doch hätte er nur die Wahrheit gesagt — die unser Land *rettende* Wahrheit.

militärischen Machtmittel seien imstand, einen möglichen Gegner von einem Angriff abzuschrecken, wenn dieser im übrigen von der Kriegslage gefordert würde?

Es ist in jedem Sinne unverantwortlich geworden, an dieser Trugvorstellung immer noch festzuhalten; wer der Schweiz wohl will und sie wirklich zu erhalten wünscht, der *darf* sein Vertrauen nicht mehr auf die Armee setzen, auch auf keine nach den Plänen der Offiziersgesellschaft reorganisierte Armee mit acht- bis zwölfmonatiger Rekrutenschule, Frauenmilitärpflicht und dergleichen. Er muß vielmehr mithelfen, den Militärgötzen zu *stürzen*, der uns sicher umbringen wird, wenn *wir* ihn nicht umbringen. Gewisse Kriegserfahrungen und dann auch die *Skandale im Internierungswesen haben* ja bereits dazu beigetragen; den Respekt vor dem Götzen merklich zu vermindern, und der vor einigen Wochen veröffentlichte vorläufige Bericht des militärischen Untersuchungsrichters — eines Obersten, der erwartungsgemäß den anderen Krähen kein Auge aushackte — über diese Skandale ist nur geeignet, die Unruhe über unseren Militärbetrieb eher noch zu steigern als zu beschwichtigen.*) Auch der Kampf gegen die Militarisierung des Turn- und Vorunterrichts, gegen die Rüstungsindustrie, für die Ehre der Dienstverweigerer und die Einrichtung eines schweizerischen Zivildienstes, wie ihn vor allem die Zentralstelle für Friedensarbeit führt, muß von anderen Kreisen viel tapferer mitgekämpft und auf breiterer Front entwickelt werden.

Aber wir dürfen dennoch nicht bei der Kritik an Einzeläußerungen des Militärgewisses stehen bleiben; wir müssen diesen Geist selber von der Wurzel her in uns austilgen. Wir müssen unermüdlich dem Volke sagen, daß verraten und verkauft sind alle, „die sich auf Rosse verlassen und auf die Streitwagen vertrauen, weil ihrer viele sind, und auf die Reiter, weil sie sehr zahlreich sind“ (Jes. 31, 1). Und wir werden nicht aufhören dürfen zu zeigen, daß wir Rettung und Schutz künftig nur mehr erwarten können von der Wirksamkeit einer *internationalen*

*) Die Basler „Arbeiterzeitung“ bemerkt dazu mit Recht: „Die schweren Mißstände im Internierungswesen waren nur möglich, weil man in der Schweiz während langer Zeit die Obersten-Uniform zu einer Götzen-Toga gemacht hat. Sie war nur möglich, weil jegliche Kritik an gewissen Zuständen in der Armeeführung und in verschiedenen Armeekommandos brutal unterdrückt worden ist. *Deshalb* und nur deshalb konnte es zu einer derartigen, für unser Land und die Armee beschämenden Skandalwirtschaft im Internierungswesen kommen ... Kräftigste Unfähigkeit und Betrugswirtschaft konnten unter dem guten Tuch der Uniform der schweizerischen Armee nur zu einem *System* erhoben werden, weil man den Militarismus auch bei uns zu einem Götzen erhoben hatte ... Niemals wäre man im Internierungswesen in einen derartigen Sumpf hineingeraten ohne die Selbstherrlichkeit der Militärs. Die Zivilgewalt war gegenüber der Militärgewalt lange Zeit zu schwach. Herr Bundesrat Kobelt getraute sich offenbar nicht, gegen die Selbstherrlichkeit der Herren Obersten aufzutreten. Bundesrat Kobelt wird seine Schwäche ziemlich sicher mit dem Rücktritt zu bezahlen haben.“

Sicherheitsordnung, die den Krieg überhaupt unmöglich macht und unfere wie der anderen Völker einzig zuverlässige Landesverteidigung gewährleistet.

Internationale Zusammenarbeit Es war darum im besten Sinne zeitgemäß, wenn auch in der Formulierung vielleicht allzu vorsichtig, daß der kirchliche Friedensbund der Schweiz auf Pfingsten einen „Weckruf an die Glieder und Behörden der reformierten Kirchen der Schweiz“ erließ, der klar ausspricht, „daß wir unbeirrt von allen Einreden und Ausreden daran festhalten, daß das heutige Rüstungs- und Kriegssystem das größte äußere Hindernis zum Völkerfrieden darstellt und unter christlich sein wollenden Völkern ein sündhafter Zustand ist, den wir für die zwar problematisch gewordene Sicherung unserer Heimat noch ertragen müssen, aber dessen möglichst baldige Aufhebung in einer gemeinsamen Rechtsordnung uns ein Gewissens- und Gebetsanliegen sein muß“. Und sehr mit Recht fährt der „Weckruf“ fort, wir sollten „den Bemühungen um eine neue Staatenordnung nicht von vornherein Mißtrauen entgegenbringen, und in der Erkenntnis, um welche übermenschlich schwierige Aufgabe es sich dabei handelt, auch die tastenden und schrittweisen Anläufe anteilnehmend verfolgen und unsererseits die für eine Einordnung in eine Völkerolidarität unumgänglichen Opfer zu bringen“ bereit sein.

Von einer Zusammenarbeit der Schweiz mit den *Vereinten Nationen* unter den gleichen Bedingungen, wie die anderen Völker sie erfüllen, wollen nun ja freilich unsere Offiziellen und Offiziösen nichts wissen. Ja, Ehrenmitglied der Vereinten Nationen zu werden, dazu ließe man sich schon bereit finden; davon könnte man schön profitieren. Aber auch ernstliche *Pflichten* auf sich zu nehmen oder gar Opfer zu bringen, um die Vereinten Nationen im Ernstfall wirklich funktionsfähig zu machen — davor bewahre uns der Himmel! Den Krieg durch gemeinsame Anstrengungen von ihren Grenzen fernzuhalten, das mag für die anderen Völker nötig sein; *wir* brauchen so etwas nicht, wir machen das ganz selber und viel besser als jeder Völkerbund! Neulich haben auch am Auslandschweizertag in Bern die beiden Unvermeidlichen, Dr. A. Oeri und Professor W. Rappard, wiederum hoch und heilig versichert, ohne Anerkennung der ewigen Neutralität der Schweiz fähen uns die Vereinten Nationen niemals in ihrem geschätzten Bund, und die Meinung des Bundesrats ist bekanntlich genau die gleiche. Ob die Schweizer im Ausland ebenso einhellig diese „Fünfer- und Weggli-Politik“ unterstützen, wage ich immerhin zu bezweifeln; auf jeden Fall aber haben wir in den Vereinigten Staaten und in Kanada, wo immer wir mit Nichtschweizern auf diese Frage zu reden kamen, sozusagen ausnahmslos die Auffassung vertreten gehört, daß es gegenüber den Vereinigten Nationen keine Neutralität mehr geben

könne, und ich verfäumte nicht, wenn ich den offiziellen schweizerischen Standpunkt erläutert hatte, hinzuzufügen, daß ich selber der gleichen Meinung sei wie unsere amerikanischen Freunde, und daß eine tätige Minderheit in der Schweiz meine Auffassung teile.

Nebenbei gesagt: Wir hatten in Amerika auch große Mühe, die Haltung der offiziellen Schweiz in der Frage der *deutschen Guthaben* und des deutschen *Raubgoldes* auch nur einigermaßen verständlich zu machen. Denn wenn die Schweiz formal-juristisch auch das Recht haben mochte, sich mit deutschem Gut — einerlei woher es rührte — für eigene Leistungen bezahlt zu machen, so hatten die Alliierten sicher das *moralische* Recht, mindestens einen Teil der schweizerischen Guthaben, die schließlich aus unseren riesigen Kriegslieferungen an Hitlerdeutschland stammten, zurückzuverlangen, als kleinen Beitrag an die Kosten ihres Krieges, dessen siegreicher Ausgang auch uns gerettet hat.

Wirtschaftskonjunktur und Arbeitskämpfe Inzwischen zieht die schweizerische Wirtschaft auch aus der Nachkriegskonjunktur größte Profite. Kaum jemals sind die Geschäfte so gut gegangen wie gegenwärtig; Industrie, Finanz und Handel haben erneut goldene Zeiten. Nur droht dahinter eben immer der *Rückschlag*, der aus der Unordnung der kapitalistischen Wirtschaft und der Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung — diesen beiden großen Krisenursachen — heraus früher oder später unfehlbar kommen und wahrscheinlich auch die schweizerische Landwirtschaft treffen wird — trotz der rücksichtslosen Preispolitik, mit der sie sich seit Jahr und Tag sichern zu können meint, oder vielmehr gerade deswegen. Die schweizerische Volkswirtschaft ist schon viel zu sehr mit dem angelfächsischen Kapitalismus verhängt, als daß sie sich den Erschütterungen entziehen könnte, die sich in dessen Schoße vorbereiten. Und die Vorsorge für die Abschwächung des Rückschlages, der in ein paar Jahren fällig ist, ist noch immer sehr wenig weit gediehen.

Eine Folge der ständig wachsenden *Teuerung*, die mit der glänzenden Wirtschaftskonjunktur verbunden ist, und die weit über die amtlich errechneten 53 Prozent (gegenüber der Vorkriegszeit) hinausgeht, sind die wieder zahlreicher gewordenen *Arbeitskämpfe*, die da und dort im Land herum geführt werden müssen. Es ist besonders die chemische und die Textilindustrie, die sich genötigt gesehen hat (und es natürlich auch spielend vermochte), ihren Arbeitern nach einer Reihe von Streikbewegungen beträchtliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zuzugestehen. Die Anerkennung der Gewerkschaft durch die Unternehmer und der Abschluß von Gesamtarbeitsverträgen setzte sich dank der energischen Haltung des Textil- und Fabrikarbeiterverbands gerade in diesem Teil der Industrie mehr und mehr durch, haben doch in den vergangenen Monaten rund 15 000 Chemie-

Textil- und Papierarbeiter und -arbeiterinnen vertraglich gesicherte Lohnerhöhungen, bezahlte Ferien und weitere Besserstellungen erkämpft. Aber auch in anderen Wirtschaftszweigen, so im Bau- und Holzgewerbe und in den Lebensmittel- und Transportbetrieben, herrscht Bewegung, Fortschritt und, wenn es sein muß, Kampf. Verhältnismäßig still ist es immer noch in den meisten öffentlichen Betrieben, deren untere Angestellten- und Arbeiterkategorien weithin unter Not und seelischem Druck zu leiden haben.

Und nun weiter? Der Gesamteindruck des schweizerischen Volks- und Staatslebens ist aber trotz all dieser Bewegung immer wieder der einer hartnäckigen Stockung, ja Verstockung und gewollten Abkapselung. Bezeichnend dafür ist der Mißerfolg des Anlaufes zur *politischen Gleichberechtigung der Frau*, der neuerdings in Baselstadt und -land unternommen worden ist. Das gehört zum Niederdrückendsten, was wir in der letzten Zeit erlebt haben, und wenn wir in Amerika, über die Stellung der Frau in der Schweiz befragt, über diese Dinge Auskunft zu geben hatten, so mußten wir uns darob wirklich schämen. Ich komme, wenn ich über die geistige und politische Lage der Schweiz nachdenke, immer wieder zu dem Ergebnis, daß wohl große, von außen kommende Erschütterungen nötig sind, um die Starre zu brechen, die sich um unserer Volk und Land gelegt hat. Vielleicht werden es wirtschaftliche Umwälzungen sein, die uns aufrütteln und aufschließen werden; vielleicht werden wir von irgendwelchen politischen Umschichtungen miterfaßt werden — sicher ist, daß es des Waltens mächtiger Geschichtskräfte bedarf, damit die neue Schweiz ans Licht treten kann, die sich im Stillen längst bildet. Mögen die Wehen, die kommen werden, nicht größer sein als wir sie ertragen können!

4. September 1946.

Hugo Kramer.

Unser Ferienkurs

Am Eingang des Bündnerlandes, im stattlichen Dorf Malans, das mit seinen behäbigen Häusern am sanft ansteigenden Hang in seine Weinberge und Obstgärten eingebettet liegt, fand vom 5.—10. August unter der Leitung von Pfr. Trautvetter der diesjährige Ferienkurs der religiös-sozialen Vereinigung statt. Es waren schöne, reiche Tage, die wir, etwas mehr als 50 Teilnehmer, da verleben durften; Arbeit wechselte ab mit Erholung (wobei ja auch die erstere eine Erholung bedeutete!), und über allem leuchtete eine strahlende, wenn oft auch etwas drückende Sonne. Das Hotel Krone mit seinen dicken Mauern, die uns etwas vor der Hitze schützten, diente uns als Standquartier; die